

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

Antrag



München, den 05.05.2015

Damit München auch in Zukunft eine der sichersten Städte in Deutschland bleibt:
Veröffentlichung der Schwerpunkte von Einbrüchen und Ergreifung von Gegenmaßnahmen.

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Münchner Bürger sollen auf geeignete Weise über Schwerpunkte von Einbrüchen informiert werden (bspw. über Bürgerbriefe). Reichen die polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwerpunkte nicht aus, soll die Stadt München ergänzende Maßnahmen zur Reduzierung der Einbruchszahlen ergreifen (bspw. über private Sicherheitsfirmen).

Begründung:

In München gibt es im bundesweiten Vergleich eine erfreulich niedrige Quote an Eigentumsdelikten. Allerdings stellt der Münchner Kriminaldirektor Thomas Fichtner fest: „Was uns aber mehr als diese absolute Zahl beschäftigt, ist der kontinuierliche Anstieg in diesem Bereich“ [SZ-Artikel „Schön, chic, skrupellos“ vom 05.06.14]. Diese Entwicklung ist dem Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zutiefst abträglich. Auch wenn die Anzahl der Einbrüche seit Beginn des Jahres 2015 rückläufig ist, gibt der Münchner Polizeivizepräsident Robert Kopp keine Entwarnung und warnt eindringlich vor der Kriminalitätsform Wohnungseinbruch [www.muenchen.de „Zahl der Wohnungseinbrüche in München gesunken“, vom 25.03.15]. Er betont des Weiteren die Wichtigkeit der Mithilfe der Münchner Bürger bei der Bekämpfung der Einbrüche. Um die Sensibilität der Anwohner von Einbruchschwerpunkten zu erhöhen, ist es sinnvoll diese entsprechend zu informieren.

Das KVR soll entweder über bestehende Möglichkeiten oder durch die Schaffung einer zusätzlichen Stelle Anwohner von Stadtteilen und/oder Straßenzügen, welche ein ausgeprägtes Vorkommen an Eigentumsdelikten aufweisen, informieren und zu erhöhter Wachsamkeit anhalten.

Kann die Polizei auf Grund von vorübergehendem Personalmangel die betroffenen Wohngebiete nicht ausreichend schützen, soll die LHM in Rücksprache mit der Polizei zusätzlich geeignete Maßnahmen ergreifen um die Münchner Bürger zu schützen. In der Beschlussvorlage soll auf die unterschiedlichen Optionen wie z. B. zusätzliche private Sicherheitsdienste oder eine verstärkte Videoüberwachung eingegangen werden.

Auch die Möglichkeit bürgerschaftliches Engagement zum Schutz der Nachbarschaft zu fördern soll erläutert werden.

AfD-Gruppierung im Münchner Stadtrat

Fritz Schmude
Andre Wächter